

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

Ergebnisprotokoll
(Stand: 02. Februar 2011)

Vorsitz:

Staatssekretär Roland Richwien
Thüringer Ministerium für Landwirtschaft,
Forsten, Umwelt und Naturschutz
Beethovenstraße 3
99096 Erfurt
Thüringen

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

Tagesordnung

Tagesordnung/Niederschrift

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Weiterentwicklung und Umsetzung der EU-Agrarpolitik

TOP 2 Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013

TOP 3 a) Situation und Entwicklungen auf dem europäischen Milchmarkt
 b) **ABGESETZT**
 Marktstellung der Milcherzeuger stärken - Legislativvorschläge zur
 Änderung der EGMO

TOP 4 a) GVO-Eigenkontrolle für Saatgut - Bericht des Bundes
 b) Rechtssichere Umsetzung der Nulltoleranz von GVO in Saatgut
 und Futtermitteln

TOP 5 Einheitliche Ermittlung einer praxistauglichen Messtoleranz für GPS-
Messung und Fernerkundung im Rahmen der GAP

TOP 6 Konsequenzen aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs
zur Veröffentlichung von Empfängern von Mitteln der GAP

TOP 7 Vorabzuweisung eines GAK-Vorschusses zur Bewilligung

TOP 8 Schutz von Dauergrünland im Rahmen von Cross Compliance

TOP 9 Eindämmung von Spekulationen an den Agrarrohstoffmärkten

Nationale Rahmenbedingungen der Agrarwirtschaft

TOP 10 Reform der Grundsteuer

TOP 11 Landwirtschaftliche Nutztierhaltung in Deutschland - Erarbeitung einer
Zukunftsstrategie

TOP 12 Beschluss des BVerfG zu den Vorschriften der TierschutzNutztierhal-
tungsVO zur Legehennenhaltung in Kleingruppen

TOP 13 Anpassung der nationalen Durchführungsverordnungen für Vermark-
tungsnormen bei tierischen Produkten durch den Bund

TOP 14 Bericht des Bundes über die Auswirkungen der im Rahmen der VO (EG) Nr. 1107/2009 zu vollziehenden Regelungen, insbesondere hinsichtlich der Pflanzenstärkungsmittel

TOP 15 Künftige Schwerpunkte im Bundesprogramm Ökologischer Landbau

TOP 16 Grundsätze des Maisanbaus

Wald, Jagd, Fischerei

TOP 17 Auslaufen der Beihilfegenehmigung für Forstmaßnahmen

TOP 18 Kormoran-Bestandsmanagementmaßnahmen - Bericht des Bundes

Umweltaspekte in der Landwirtschaft und in der Fischerei

TOP 19 Klimaschutz und Klimawandel - Errichtung eines Wald-Klima-Fonds

TOP 20 Pflanzenschutzrechtlich nicht relevante Metaboliten im Grundwasser Deutschlands

Organisations- und Strukturfragen

TOP 21 Abwicklung gemeinsamer InVeKoS-Projekte der Bundesländer über die Zentrale InVeKoS Datenbank (ZID)

TOP 22 Länderübergreifende Ausbildung von Landwirtschaftsreferendaren und Oberinspektoranwärtern

Verschiedenes

TOP 23 Beitrag der AMK zur Erarbeitung des Nationalen Reformprogramms im Rahmen der Strategie Europa 2020

TOP 24 Forschung in den Bereichen Agrarwirtschaft und Ernährung

TOP 25 Haftungsfrage bei Ökokontrollstellen

TOP 26 Förderung von Koordinierungsstellen dezentraler Genbank- und Erhaltungsnetzwerke für gartenbauliche pflanzengenetische Ressourcen

TOP 27 **ZURÜCKGEZOGEN**
Schutz, Erhalt und Förderung der Alleen in Deutschland: Prüfung und Anwendung der RPS im Straßenbau

TOP 28 Berücksichtigung der Interessen der Rennpferdezucht und des Pferdenrennsports im neuen Glücksspielstaatsvertrag

Verfristet angemeldete Tagesordnungspunkte

TOP 29 **NICHT IN DIE TAGESORDNUNG AUFGENOMMEN**
a) Dioxinfunde in Futter- und Lebensmitteln
b) Dioxin-Kontrollen bei Futtermitteln in Deutschland

- c) Dioxinfunde in Lebens- und Futtermitteln – Lösungsstrategien
- d) Krisenmanagement im Bereich der Futtermittelüberwachung in Deutschland

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz genehmigt die Tagesordnung mit folgenden Änderungen:

TOP 3 b wird abgesetzt.

TOP 27 ist zurückgezogen.

TOP 29 wird nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

TOP 3 a: **Situation und Entwicklungen auf dem europäischen
Milchmarkt**

Beschluss:

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zur Situation und Entwicklung auf dem europäischen Milchmarkt zur Kenntnis.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

**TOP 3 b: Marktstellung der Milcherzeuger stärken –
Legislativvorschläge zur Änderung der EGMO**

ABGESETZT

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

TOP 4 a: GVO-Eigenkontrolle für Saatgut - Bericht des Bundes

Beschluss:

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des Bundes zur Kenntnis und bitten den Bund, sich dafür einzusetzen, dass auf EU-Ebene eine Rechtsgrundlage zur GVO-Eigenkontrolle für Saatgut geschaffen wird. Das Eigenkontrollsystem muss der EU-rechtlich vorgegebenen Nulltoleranz für GVO-Anteile im Saatgut entsprechen und darf nicht zur Verschlechterung der Ansprüche der Landwirtschaft gegenüber der Saatgutwirtschaft führen.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

**TOP 4 b: Rechtssichere Umsetzung der Nulltoleranz von GVO in
 Saatgut und Futtermitteln**

Beschluss:

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zur Kenntnis.

Protokollerklärung der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen:

Nachdem nicht zu erwarten ist, dass die EU-Kommission einen eigenen Vorschlag zum Verwaltungsvollzug der Nulltoleranz für Saatgut vorlegt, bitten die Amtschefs der Agrarressorts der o. g. Länder die Bundesregierung, die angekündigte Allgemeine Verwaltungsvorschrift mit bundeseinheitlicher Regelung für den Saatgutbereich unter Beteiligung der Länder baldmöglichst zu erlassen. Sowohl in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift wie auch in allen anderen Fällen ist die Messmethode mit niedrigst möglicher Nachweisgrenze nach dem Stand von Wissenschaft und Forschung vorzusehen. Jedes hieraus resultierende positive Messergebnis eines nicht in der EU zugelassenen GVO löst die Vollzugsfolgen nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift aus.

Die Bundesregierung wird gebeten, sich auf EU-Ebene für eine entsprechende Regelung einzusetzen, ohne die Nulltoleranz in Frage zu stellen.

Die Amtschefs der Agrarressorts der o. g. Länder fordern außerdem, schnell rechtssichere Regelungen für den Umgang mit der in der EU geltenden Nulltoleranz im Bereich Futtermittel zu schaffen.

Protokollerklärung des Landes Nordrhein-Westfalen:

Sowohl in einer Allgemeinen Verwaltungsvorschrift wie auch in allen anderen Fällen ist die Messmethode mit der niedrigst möglichen Nachweisgrenze nach dem Stand von Wissenschaft und Forschung vorzusehen. Für jedes hieraus resultierende positive Messergebnis eines nicht in der EU zugelassenen GVO ist festzuschreiben, dass das Saatgut nicht verwendet werden darf.

Die Bundesregierung wird gebeten, sich auf EU-Ebene für eine entsprechende Regelung einzusetzen, ohne die Nulltoleranz in Frage zu stellen.

Dieselben Grundsätze gelten auch für den Futtermittelbereich.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

**TOP 5: Einheitliche Ermittlung einer praxistauglichen Messtoleranz
für GPS-Messung und Fernerkundung im Rahmen der GAP**

Beschluss:

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder bitten den Bund, das von Bund und Ländern avisierte Projekt zur einheitlichen Ermittlung praxistauglicher Messtoleranzen für die Flächengrößenbestimmung im Rahmen der InVeKoS-Kontrollen ab 2011 in Deutschland koordinierend zu begleiten und zur Herbst-AMK einen Bericht zu geben.

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder bitten den Bund, bei der EU-Kommission dafür einzutreten, dass bei der Ermittlung dieser Messtoleranz neben den technischen Parametern auch den tatsächlichen Kontrollbedingungen bei der Interpretation natürlicher Abgrenzungen Rechnung getragen werden kann.

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder sprechen sich für die Beteiligung an einem gemeinsamen Projekt aus, welches mit Hilfe eines externen Dienstleisters die Ableitung derartiger Toleranzfaktoren zum Ziel hat.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

TOP 6: Konsequenzen aus der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zur Veröffentlichung von Empfängern von Mitteln der GAP

Beschluss:

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV über das Urteil des EuGH zur Veröffentlichung der Antragstellerdaten im Internet und dessen Konsequenzen zur Kenntnis.

Protokollerklärung der Länder Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen:

Die Länder Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen stellen fest, dass die Veröffentlichung ausschließlich der juristischen Personen dem Transparenzgedanken nicht gerecht wird und den Verwaltungsaufwand erhöht. Sie bitten das BMELV, sich gegenüber der Kommission dafür einzusetzen, dass die europäischen Vorschriften zur Veröffentlichung von Daten über die Empfänger von Agrarsubventionen so aktualisiert werden, dass eine von Rechtsformen unabhängige einheitliche Anwendung gewährleistet ist. Bis zu dieser Aktualisierung sollte der Bund im Rat und bei der Kommission erwirken, die für teilweise ungültig erklärten Vorschriften aufzuheben und die Veröffentlichung bis zu einer Neuregelung sanktionsfrei aufzuschieben.

Protokollerklärung des Landes Nordrhein-Westfalen:

Das Land Nordrhein-Westfalen hält eine Veröffentlichung der Empfänger von Direktzahlungen aus Gründen der Transparenz für notwendig und bittet den Bund darauf hinzuwirken, dass hierfür die Rechtsgrundlagen geschaffen werden.

Protokollerklärung der Länder Baden-Württemberg, Hessen und Schleswig-Holstein:

Die Länder Baden-Württemberg, Hessen und Schleswig-Holstein bitten den Bund, im Rat und bei der Kommission zu erwirken, die Veröffentlichung bis zu einer Neuregelung aufzuschieben.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

TOP 7: Vorabzuweisung eines GAK-Vorschusses zur Bewilligung

Beschluss:

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder bitten das BMELV, sich dafür einzusetzen, dass 2011 und in den Folgejahren Kassenmittel und Verpflichtungsermächtigungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) für Neubewilligungen am Jahresanfang zur Verfügung gestellt werden.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

**TOP 8: Schutz von Dauergrünland im Rahmen von Cross
 Compliance**

Beschluss:

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zur Umsetzung des Cross Compliance Standards „Schutz von Dauergrünland“ in anderen Mitgliedstaaten zur Kenntnis.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

**TOP 9: Eindämmung von Spekulationen an den
Agrarrohstoffmärkten**

Beschluss:

Die Amtschefs der Agrarressorts stellen fest, dass der Wareterminhandel mit Agrarrohstoffen grundsätzlich wichtige Funktionen für die Wirtschaftsbeteiligten im Hinblick auf die Preisabsicherung und die Preissetzung erfüllt.

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder bitten den Bund, sich dafür einzusetzen, dass der Wareterminhandel transparenter ausgestaltet und überzogene Spekulationen eingegrenzt werden, die vor allem schwächere Marktteilnehmer beeinträchtigen können.

Sie bitten den Bund, gemeinsam mit den Ländern eine Bewertung bis zur nächsten Frühjahrs-AMK zu erarbeiten.

Hierbei sind insbesondere folgende Punkte zu prüfen, ob

- a) der Kontrakthandel mit Agrarrohstoffen grundsätzlich nur über Wareterminbörsen abgewickelt werden kann; für den außerbörslichen Kontrakthandel ist mehr Transparenz erforderlich,
- b) Preiskorridore für die täglichen Handelsaktivitäten an den Wareterminbörsen festgelegt werden,
- c) die maximal von einem Akteur auf eigene Rechnung in jeweils einer Marktichtung gehaltene Anzahl an Kontrakten und Optionskontrakten begrenzt wird (aggregierte Positionslimits),
- d) Mindestschwellen für Meldepflichten nach international bewährten Systemen eingeführt werden und
- e) im Rahmen der geplanten EU-Verordnung zu OTC-Derivaten und im Rahmen der Überarbeitung der Richtlinien zu Märkten für Finanzinstrumente (MiFID) und zu Marktmissbrauch (MAD) o. g. Forderungen umzusetzen sind und dabei auch

dafür Sorge zu tragen ist, dass der europäische Warenterminhandel einer klar strukturierten und leistungsfähigen Aufsicht unterliegt.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

TOP 10: Reform der Grundsteuer

Beschluss:

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht BMELV über den Fortgang der Beratungen zur Reform der Grundsteuer zur Kenntnis.

Die Amtschefs bitten die Abteilungsleiter Landwirtschaft und Markt, das Thema auf der nächsten Bund-/Länderbesprechung zu erörtern. Sie bitten das BMELV, zur nächsten AMK Eckpunkte unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Länder vorzulegen, die die Interessen der Land- und Forstwirtschaft bei der Grundsteuerreform abdecken.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

**TOP 11: Landwirtschaftliche Nutztierhaltung in Deutschland -
Erarbeitung einer Zukunftsstrategie**

Beschluss:

In Umsetzung des Beschlusses der Herbst-AMK 2010 zu TOP 24 beauftragt die Amtschefkonferenz die Bund-Länder-Arbeitsgruppe, bei der Erfüllung ihres Auftrages die Bundesforschung im Rahmen von deren Zuständigkeit einzubinden. Im Rahmen dieses Prozesses ist die vorgesehene Abstimmung gemäß AMK-Beschluss vorzunehmen.

Die beauftragte Arbeitsgruppe wird gebeten, der Herbst-ACK 2011 einen ersten Sachstand zu geben.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

**TOP 12: Beschluss des BVerfG zu den Vorschriften der
TierschutzNutztierhaltungsVO zur Legehennenhaltung in
Kleingruppen**

Beschluss:

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zur Kenntnis.

**Protokollerklärung der Länder Baden-Württemberg, Bremen, Hessen,
Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland:**

Die Länder Baden-Württemberg, Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland sprechen sich dafür aus, Übergangsregelungen nur für bereits bestehende Kleingruppenhaltungen von Legehennen zuzulassen.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

**TOP 13: Anpassung der nationalen Durchführungsverordnungen
für Vermarktungsnormen bei tierischen Produkten durch
den Bund**

Beschluss:

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder bitten das BMELV nachdrücklich, die nationalen Durchführungsverordnungen für Vermarktungsnormen bei tierischen Produkten zu aktualisieren.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

TOP 14: Bericht des Bundes über die Auswirkungen der im Rahmen der VO (EG) Nr. 1107/2009 zu vollziehenden Regelungen, insbesondere hinsichtlich der Pflanzenstärkungsmittel

Beschluss:

1. Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zur Kenntnis.
2. Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder bitten das BMELV zu prüfen, ob im Zuge der Umsetzung der EU-Zulassungsverordnung die Anforderungen für den Übergang gelisteter Pflanzenstärkungsmittel zu „Pflanzenschutzmitteln mit geringem Risiko“ so gestaltet werden können, dass die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen kleinen und mittelständischen Unternehmen erhalten bleibt und gleichzeitig die Belange des Umwelt- und Verbraucherschutzes gewahrt werden.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

**TOP 15: Künftige Schwerpunkte im Bundesprogramm
 Ökologischer Landbau**

Beschluss:

1. Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder sprechen sich dafür aus, dass die Mittel im Bundesprogramm Ökologischer Landbau weiterhin vorrangig für den Ökologischen Landbau eingesetzt werden sollen.
2. Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder bitten den Bund, zeitnah zu prüfen, inwieweit die DLG-Nachhaltigkeitsstandards geeignet sind, Projekte nachhaltiger Landwirtschaft zu identifizieren und ob deren Prüfbestimmungen als Fördervoraussetzung praktikabel anwendbar sind.

Protokollerklärung der Länder Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz:

Die Länder Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz erklären, erst wenn die Mittel für bewilligungsreife Projekte im Bereich Ökologischer Landbau nicht vollständig abgerufen werden, sollen sie für Projekte nachhaltiger Landwirtschaft genutzt werden können.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

TOP 16: Grundsätze des Maisanbaus

Beschluss:

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder bitten das BMELV, gemeinsam mit den Ländern Grundsätze des Maisanbaus zu erörtern. Ziel ist die Sicherstellung der zukünftigen Nutzung von Mais als wertvolle Futter- und Energiepflanze bei gleichzeitiger Vermeidung negativer Umwelteinwirkungen in den Bereichen Wasserqualität, Bodenschutz und Biodiversität.

Protokollerklärung des Landes Brandenburg:

Das Land Brandenburg ist der Auffassung, dass eine Erörterung ackerbaulicher Grundsätze nur bezogen auf den Maisanbau zu eng gefasst ist.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

TOP 17: Auslaufen der Beihilfegenehmigung für Forstmaßnahmen

Beschluss:

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder nehmen den mündlichen Bericht des BMELV zur Kenntnis.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

**TOP 18: Kormoran-Bestandsmanagementmaßnahmen -
 Bericht des Bundes**

Beschluss:

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des Bundes zur Kenntnis und bitten das BMELV, gemeinsam mit den Ländern gegebenenfalls bis zur Herbst-AMK 2011 Vorschläge vorzulegen.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

**TOP 19: Klimaschutz und Klimawandel – Errichtung eines
Wald-Klima-Fonds**

Beschluss:

1. Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder nehmen den Kurzbericht des BMELV zur Kenntnis.
2. Das BMELV wird gebeten, zur Frühjahrs-AMK 2011 schriftlich ausführlich über den Stand der Planungen der Errichtung eines Wald-Klima-Fonds zu berichten.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

TOP 20: Pflanzenschutzrechtlich nicht relevante Metaboliten im Grundwasser Deutschlands

Beschluss:

1. Die Amtschefkonferenz nimmt den Beschluss der 75. UMK vom 12.11.2010 in Dresden (TOP 29) zur Kenntnis.
2. Sie beauftragt eine länderoffene Arbeitsgruppe unter Leitung des Landes Baden-Württemberg, mit Beteiligung des BMELV und der Länder Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Schleswig-Holstein, bis zur Herbst-AMK 2011 einen Stellungnahmeentwurf vorzulegen.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

TOP 21: Abwicklung gemeinsamer InVeKoS-Projekte der Bundesländer über die Zentrale InVeKoS Datenbank (ZID)

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz hält es grundsätzlich für wünschenswert, dass gemeinsame Projekte mehrerer oder aller Bundesländer zum Themenkreis InVeKoS ohne Abschluss zusätzlicher spezieller Verwaltungsvereinbarungen finanziell abgewickelt werden können. Sie beauftragen die Bund-Länder-Arbeitsgruppe InVeKoS zu prüfen, unter welchen Bedingungen und für welche Projekte dies finanziell über die ZID sinnvoll ist, und der nächsten Amtschefkonferenz hierüber zu berichten.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

**TOP 22: Länderübergreifende Ausbildung von
Landwirtschaftsreferendaren und Oberinspektoranwärtern**

Beschluss:

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder sehen trotz der erforderlichen Personaleinsparungen weiterhin einen Bedarf an gut ausgebildetem Beamtennachwuchs im gehobenen und höheren Dienst der Agrarverwaltungen. Die Amtschefs der Länder bitten Thüringen, bis zum Frühjahr 2011 über den Bedarf und die Möglichkeiten der Ausgestaltung einer länderübergreifenden Zusammenarbeit bei der Laufbahnausbildung für die landwirtschaftlichen Laufbahnen zu berichten.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

TOP 23: Beitrag der Agrarministerkonferenz zur Erarbeitung des Nationalen Reformprogramms im Rahmen der Strategie Europa 2020

Beschluss:

Die Amtschefkonferenz empfiehlt der Agrarministerkonferenz, den in der Anlage befindlichen „Beitrag der Agrarministerkonferenz zur Erarbeitung des Nationalen Reformprogramms im Rahmen der Strategie Europa 2020“ zu beschließen.

Stellungnahme
der Agrarministerkonferenz

zum Nationalen Reformprogramm Deutschland
im Rahmen der Strategie EUROPA 2020

Stand 20. Januar 2011

Die Agrarministerkonferenz nimmt zu dem Nationalen Reformprogramm Deutschland 2011 im Rahmen der Strategie EUROPA 2020 wie folgt Stellung:

1. Die Agrarministerkonferenz nimmt den Vorläufigen Entwurf des Nationalen Reformprogramms Deutschland (Draft-NRP) zur Vorlage an die EU-Kommission vom 12. November 2010 zur Kenntnis. Sie stellt fest, dass der Beitrag der Agrarwirtschaft darin keine Berücksichtigung findet.
2. Die Agrarministerkonferenz betont, dass die Agrarwirtschaft ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft ist. Land- und Ernährungswirtschaft sowie Forst- und Holzwirtschaft mit den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen, leisten einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Ziele der Strategie EUROPA 2020 für Beschäftigung und ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum.
3. Die Land- und Forstwirtschaft ist ein wesentlicher Faktor beim Klima- und Umweltschutz. Dies gilt insbesondere für den effektiven Umgang mit Ressourcen, das Wassermanagement, die Erhaltung der biologischen Artenvielfalt und den Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Land- und Forstwirtschaft ist Bestandteil einer wettbewerbsfähigen, vernetzten und ökologischen Wirtschaft.
4. Es ist erforderlich, eine leistungsgerechte Breitbandinfrastruktur, die den Bedürfnissen und Entwicklungsmöglichkeiten der Unternehmen auch im ländlichen Raum entspricht, aufzubauen.
5. Die Agrarministerkonferenz weist darauf hin, dass die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Kernziele und der Umsetzung der Leitinitiativen der Strategie EUROPA 2020 sowie zur Überwindung der wesentlichen Hemmnisse für Wachstum und Beschäftigung im Agrarsektor und im ländlichen Raum leisten kann. Eine verlässliche Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes ist dafür unabdingbare Voraussetzung.
6. Die Agrarministerkonferenz betont, dass die integrierte ländliche Entwicklung im Zuge von sektorübergreifenden Strategien wachstumsfreundliche Impulse setzt und der Förderung von Beschäftigung und Wertschöpfung dient. Zur Erreichung der wichtigsten Ziele des Nationalen Reformprogramms, insbesondere der

Förderung der Beschäftigung, der Verbesserung des Bildungsniveaus und der Förderung der sozialen Eingliederung ist eine ausgewogene Wirtschafts- und Sozialstruktur und die Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen von entscheidender Bedeutung.

7. Die Agrarministerkonferenz ist der Auffassung, dass den europäischen Landwirtschaftsfonds (EGFL; ELER) eine erhebliche Bedeutung bei der Umsetzung des Nationalen Reformprogramms zukommt. Grundlage dafür ist eine Gemeinsame Agrarpolitik, die sich sowohl an den Zielen der Versorgungssicherheit, der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft mit ihren Verarbeitungsstufen und der Förderung des ländlichen Raumes als auch an den neuen Herausforderungen Klimaschutz, erneuerbare Energien, Biodiversität und Wassermanagement orientiert, sowie ein auch in Zukunft angemessenes Agrarbudget auf der Basis der bisherigen Mittelausstattung. Vor diesem Hintergrund muss die Reform des EU-Haushaltes die Bedeutung der Kohäsionspolitik und der Gemeinsamen Agrarpolitik auch für die Belange der Strategie EUROPA 2020 vordringlich beachten.
8. Die Agrarministerkonferenz unterstützt das nationale Ziel zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Potentiale der Land- und Forstwirtschaft bei der Bereitstellung biobasierter Energieträger sind besser zu nutzen. Die dezentralen Einspeisemöglichkeiten in Energienetze sind zu verbessern.
9. Die Agrarministerkonferenz betont ausdrücklich, dass Verwaltungsvereinfachung und Entbürokratisierung wesentliche Voraussetzungen zur Erreichung der Ziele der Strategie EUROPA 2020 in Deutschland sind und einer besonderen Verankerung im Nationalen Reformprogramm bedürfen.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

**TOP 24: Forschung in den Bereichen Agrarwirtschaft und
Ernährung**

Beschluss:

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder bitten den Bund, bei der Frühjahrs-AMK 2011 über die deutschen Forschungsstrukturen sowie über die Koordinationsformen der Forschung in den Bereichen Agrarwirtschaft und Ernährung zu berichten. Dabei sollte dargelegt werden, in welchen Schwerpunktbereichen gegebenenfalls die Zusammenarbeit noch weiter intensiviert werden könnte.

Protokollerklärung des BMELV:

Das BMELV bittet die Länder, bei ihren Forschungseinrichtungen im Bereich der Agrar- und Ernährungsforschung für eine Mitwirkung in der DAFA zu werben.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

TOP 25: Haftungsfrage bei Ökokontrollstellen

Beschluss:

Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder bitten den Bund zu prüfen, ob eine bundesweit einheitliche, ausgewogene Regelung der Haftung der Öko-Kontrollstellen erforderlich ist.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

TOP 26: Förderung von Koordinierungsstellen dezentraler Genbank- und Erhaltungsnetzwerke für gartenbauliche pflanzengenetische Ressourcen

Beschluss:

1. Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder nehmen den Bericht des BMELV zur Kenntnis.
2. Die Amtschefkonferenz stimmt darin überein, dass zur Erhaltung landwirtschaftlicher genetischer Ressourcen eine Koordination der vielfältigen weitgehend dezentral und pflanzenspezifisch organisierten Erhaltungsaktivitäten bzw. Netzwerke durch fachliche Leiteinrichtungen unverzichtbar ist, auch um einheitliche Erhaltungsstandards sicherzustellen. Sie stellt fest, dass die bisherigen Akteure die erforderlichen und bundesweit zu organisierenden Zusatz- bzw. Koordinierungs-Aktivitäten auf Grund ihrer begrenzten Ressourcenausstattung nur in Ausnahmefällen leisten können.
3. Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder nehmen zur Kenntnis, dass eine Förderung solcher koordinierenden Tätigkeiten im Rahmen der GAK vom Bund derzeit abgelehnt wird. Sie sind der Auffassung, dass daher andere Wege zur Organisation und Unterstützung der notwendigen Koordinierungsaufgaben gesucht werden müssen.
4. Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder bitten den Bund, unter Beteiligung der Länderreferenten Gartenbau (Erzeugung), eine entsprechende Konzeption zu erarbeiten, die mögliche Lösungswege und den damit verbundenen Finanzierungsumfang aufzeigt und darüber zur Herbst-AMK 2011 zu berichten.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

**TOP 27: Schutz, Erhalt und Förderung der Alleen in Deutschland:
Prüfung und Anwendung der RPS im Straßenbau**

ZURÜCKGEZOGEN

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

**TOP 28: Berücksichtigung der Interessen der Rennpferdezucht
und des Pferderennsports im neuen Glücksspielstaats-
vertrag**

Beschluss:

1. Die Amtschefkonferenz nimmt zur Kenntnis, dass die Chefs der Staatskanzleien einen neuen Glücksspielstaatsvertrag erarbeiten. Sie bitten diese in diesem Kontext, dort keine Regelungen aufzunehmen, die den Bestand der Steuerrückvergütung gefährden könnten. Diese im Rennwett-Lotteriegesetz festgelegte Steuerrückvergütung hat sich für die Finanzierung der öffentlichen Pferdeleistungsprüfungen für Rennpferde in den letzten Jahrzehnten bewährt.
2. Die Amtschefs der Agrarressorts der Länder bitten das Vorsitzland, diesen Beschluss dem federführenden Land für die Änderung des Glücksspielstaatsvertrages zukommen zu lassen.

**Amtschefkonferenz
am 20. Januar 2011
in Berlin**

- TOP 29 a: Dioxinfunde in Futter- und Lebensmitteln**
- TOP 29 b: Dioxin-Kontrollen bei Futtermitteln in Deutschland**
- TOP 29 c: Dioxinfunde in Lebens- und Futtermitteln -
Lösungsstrategien**
- TOP 29 d: Krisenmanagement im Bereich der
Futtermittelüberwachung in Deutschland**

NICHT IN TAGESORDNUNG AUFGENOMMEN